

91.050

Voranschlag der Eidgenossenschaft 1992

Budget de la Confédération 1992

Bericht, Botschaft und Beschlussentwurf vom 30. September 1991
Rapport, message et projet d'arrêté du 30 septembre 1991

Bezug durch die Eidgenössische Drucksachen- und Materialzentrale, 3000 Bern
S'obtiennent auprès de l'Office central fédéral des imprimés et du matériel, 3000 Berne

Beschluss des Ständerates vom 26. November 1991
Décision du Conseil des États du 26 novembre 1991

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Antrag der LdU/EVP-Fraktion

Rückweisung an den Bundesrat

mit dem Auftrag, Ausgabenkürzungen vorzunehmen, so dass der Bundesversammlung im Januar 1992 ein weitgehend ausgeglichenes Budget (mit einem Defizit von höchstens 500 Millionen Franken) vorgelegt werden kann.

Antrag der Fraktion der Auto-Partei

Rückweisung an den Bundesrat

mit dem Auftrag, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen.

Antrag der Fraktion der SD/Lega dei Ticinesi

Rückweisung an den Bundesrat

mit dem Auftrag, das Defizit auf höchstens 500 Millionen Franken zu begrenzen.

Proposition du groupe AdI/PEP

Renvoi au Conseil fédéral

en l'invitant à réduire les dépenses prévues et à présenter aux Chambres en janvier 1992 un budget largement équilibré (avec un excédent de dépenses de 500 millions de francs au plus).

Proposition du groupe des automobilistes

Renvoi au Conseil fédéral

en l'invitant à présenter un budget équilibré.

Proposition du groupe DS/Lega dei Ticinesi

Renvoi au Conseil fédéral

en l'invitant à ramener l'excédent de dépenses à 500 millions de francs au plus.

Jaeger, Berichterstatter: Ich möchte zu diesem Voranschlag in sechs Punkten Stellung nehmen:

1. Ausgangslage;
2. Längerfristige finanzwirtschaftliche Perspektiven;
3. Volkswirtschaftliche und soziale Aspekte des Budgetergebnisses;
4. Kürzungsstrategie, die Ihre Kommission gewählt hat;
5. Ergebnisse unserer Kommissionsberatung unter gleichzeitiger Würdigung der Ständeratsberatungen;
6. Schlussfolgerungen.

1. Zur Ausgangslage: Die bisherigen Nationalrätinnen und Nationalräte haben eine gute finanzpolitische – wenn ich so sagen darf – Wetterlage hinter sich; fünf fette Jahre, kann man auch sagen: 6,2 Milliarden Franken kumulierte Ueberschüsse. Auf die Meteorologie übertragen, könnte man von einem Hochdruckgebiet sprechen.

Nun ist aber dieses Hochdruckgebiet abgelöst worden durch ein grosses Tief, das sich schon vor einigen Jahren, ganz besonders aber vor einem Jahr, angekündigt hat. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass sich die Situation jetzt grundlegend verändert, dann waren es die Anträge der Departemente an den Bundesrat mit einem Defizit von fast 3 Milliarden Franken – die dann allerdings auf ein Defizit von noch 1,99 Milliarden Franken zurückgestuft worden sind.

Auch die Nachtragskredite, die Sie in dieser Session be-

schlossen haben, haben gezeigt, dass eine Krise auf uns zukommt, eine Krise, auf die sowohl der Finanzminister als auch wir Kommissionsmitglieder schon vor Jahren, und ganz besonders vor einem Jahr, bei den Budgetberatungen 91, hingewiesen haben. Nun kann man natürlich sagen, dass die finanzpolitische Krise, in die wir jetzt hineingeraten sind, ein konjunkturelles Ergebnis sei; die wirtschaftliche Konjunktur werde abflauen. Sie haben nächstes Jahr noch mit einem Realwachstum von 1 Prozent zu rechnen, und das Nominalwachstum beträgt 5,5 Prozent. Natürlich werden unter solchen Voraussetzungen die Einnahmen nicht mehr im gleichen Sinne wachsen wie bis anhin, das ist klar. Aber es wäre verfehlt, nur die Einnahmen für das Defizit von fast 2 Milliarden Franken, wie es der Bundesrat ursprünglich vorgeschlagen hat, verantwortlich zu machen. Es gilt da auch die Ausgabendynamik zu betrachten, für die wir – ich habe es schon einmal gesagt – alle mitverantwortlich sind. Jetzt zu glauben, dass wir mit Hilfe eines Wiederaufschwunges der Konjunktur aus diesem Defizit automatisch wieder herauskommen würden, dürfte sich als Illusion erweisen; denn der Wiederaufschwung wird sicher nicht vor dem zweiten Halbjahr 1992 kommen. Wenn wir mit einem Rückgang der Teuerung und der Zinsen bereits im ersten Halbjahr rechnen, so nur deshalb, weil wir schon so lange darauf warten. Mit anderen Worten: Es wird nicht anders gehen, als das Defizit nicht nur der Konjunktur zuzuschreiben, sondern auch unseren Aktivitäten und der Finanzpolitik, die wir in den letzten Jahren betrieben haben.

2. Und nun zu den längerfristigen Perspektiven. Ich habe gesagt, dass wir in einer Krise seien. Wenn ich diese Situation als beinahe – wenn nicht schon ganz – katastrophal bezeichne, möchte ich nicht dramatisieren. Wenn Sie den Legislaturfinanzplan für die nächsten vier Jahre betrachten – der Bundesrat hat noch nicht zugestimmt, aber immerhin, die Zahlen liegen vor –, so werden wir ohne Korrekturmassnahmen 1993 mit einem Defizit von 5,4 Milliarden konfrontiert sein, 1994 mit einem solchen von 4 Milliarden und 1995 sogar mit 5,2 Milliarden Franken.

Daneben müssen Sie noch die Resultate der Kantone und Gemeinden betrachten. Bei den Kantonen gehen wir jetzt Defiziten in der der Grössenordnung von 3 und 4 Milliarden Franken entgegen, und bei den Gemeinden sind wir ebenfalls schon bei 1,3 Milliarden Franken. Wenn wir das alles zusammennehmen, müssen wir in den nächsten Jahren mit Budgetdefiziten von insgesamt 10 bis 12 Milliarden Franken rechnen – das alles ohne Korrekturmassnahmen! Dass wir eine solche Entwicklung nicht einfach laufen lassen dürfen, sollte allen klar sein. Wir müssen hier die Weichen stellen.

Wo liegen die Gründe für diese Finanzprobleme? Sie liegen vielleicht dort, dass wir in den letzten Jahren in eine gewisse Einnahmeneuphorie gekommen sind. Die Einnahmen sind gesprudelt, weil die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten zehn, vor allem in den letzten fünf Jahren sehr prosperierte. Aber dieses dynamische Wachstum der Einnahmen ist jetzt zu Ende. Wir werden in den nächsten Jahren mit weniger Einnahmen, vor allem mit weniger Einnahmenwachstum, rechnen müssen. Damit ist der zweite Grund für diese Misere, nämlich die Ausgabeneuphorie, auch schon genannt. Die Einnahmeneuphorie hat uns dazu verleitet, auch auf der Ausgabenseite splendid zu sein. Drittens kommen die Inflationsrate und die hohen Zinsen dazu. Denken Sie an die Personalkosten und an den Teuerungsausgleich, die mithelfen, das Ausgabenwachstum stark zu dynamisieren.

Nun muss ich noch einen vierten Grund nennen. Das betrifft nicht die neuen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, das betrifft uns, die wir schon in den letzten Jahren hier mitentschieden haben. Die Ausgabenbeschlüsse dieses Parlamentes, die über die Anträge des Bundesrates hinausgingen, haben Mehrausgaben in der Höhe von sage und schreibe 1,4 Milliarden Franken allein in den letzten vier Jahren gebracht. Das ist etwas, was wir an unsere eigene Adresse sagen müssen: Wir können in diesem Rhythmus und in dieser Art und Weise nicht weiterfahren.

3. Zu den ökonomischen und sozialen Aspekten der Situation. Der Ständerat hat gesagt, ein solches Defizit sei in einer Rezession verkraftbar. Das stimmt nicht, das ist nicht wahr. Jeder,

der von Oekonomie auch nur das ABC kennt, wird zugeben müssen, dass das eine verantwortungslose Einschätzung dieser Situation ist. Schauen Sie Ländervergleiche an, betrachten Sie beispielsweise die Finanzbudgets von Italien, von Grossbritannien, aber auch der USA; schauen Sie die Defizite dort an und vergleichen Sie sie mit der wirtschaftlichen Situation. Sie werden feststellen: Inflationssorgen und insbesondere Sorgen mit der Arbeitslosigkeit. Budgetdefizit heisst: über die Verhältnisse leben, auf die Dauer auch unsozial sein. Wer mit-hilft, dass sich Budgetdefizite verselbständigen, der ist am Ende auch nicht sozial, denn Budgetdefizite müssen entweder von der Notenbank finanziert werden – das bedeutet Inflationsprozente: 1, 2, 3 Prozent mehr, als wir heute schon haben – oder, was ich schon eher sehe, nicht über die Notenbank, sondern über unsere Kapitalmärkte. Das heisst dann aber zusätzliche Beanspruchung der Kapitalmärkte, Verdrängung von privaten Investitionen. Das heisst 1, 2, 3 Prozent mehr Zinsen, und das wird sich auch auf die Hypothekarzinsen niederschlagen; das ist auch nicht sozial.

Wir müssen bei jeder Ausgabenerhöhung daran denken, dass diese volkswirtschaftlichen Nebenwirkungen letzten Endes noch zu Folgewirkungen führen: Frankenabschwächung als ein Stichwort, Arbeitslosigkeit als ein weiteres Stichwort. Wenn Sie statt dessen das Problem über Steuererhöhungen lösen wollen, dann wollen wir abseits der politischen Möglichkeiten und der politischen Realisierbarkeit dieses Weges überlegen, wie wir Steuern erhöhen können. Wir müssen langfristig zu einer Finanzreform finden, die auch auf der Einnahmenseite hilft, die Situation zu entlasten. Kurzfristig hingegen, im kommenden Jahr, werden wir kaum Steuererhöhungen vornehmen können. Warum? Es entstünden Teuerungswirkungen – Sie kennen beispielsweise den Zusammenhang zwischen der Benzinzollerhöhung und der Teuerungsrate –, es gäbe rezessive Risiken, auf die wir sicher lieber verzichten wollen.

4./5. Ihre Kommission hat Ihnen zuerst Rückweisung beantragen wollen. Wir haben gesagt: 0,5 Milliarden Defizite, das ist das Maximum. Wir wollen nicht linear vorgehen, wir wollen symmetrisch vorgehen, und wir wollen vor allem, wenn es irgendwie geht, nicht Investitionen, sondern laufende Ausgaben kürzen. Das war das Ziel unserer Kommission. Sie wissen, dass der Bundesrat auf diesen Rückweisungsantrag eingegangen ist. Er hat das Budget zurückgenommen und ein verbessertes Budget unterbreitet, mit einem um 490 Millionen Franken reduzierten Defizit.

Der Ständerat hingegen hat mit seinen Anträgen zurückbuchstabiert und nur 300 Millionen eingespart. Damit konnte sich unsere Kommission nicht zufriedengeben, und wir hoffen, dass auch unser Rat sich damit nicht abfinden kann. Wir haben in der Folge versucht, unsere Konzeption durchzusetzen. Wir haben zuerst in den Subkommissionen, dann im Plenum weitere Kürzungen in Angriff genommen und ein Resultat erreicht, das immer noch kein Glanzresultat ist. Aus einer ganzen Katastrophe ist damit wahrscheinlich so etwas wie eine halbe Katastrophe geworden.

Hier noch einige Zahlen: Wenn jetzt noch ein Defizit von 1,136 Milliarden Franken bleibt, so ist das immer noch 9,1 Prozent Wachstum. Das ist immer noch 3,5 Prozent mehr als das Einnahmenwachstum, und das ist immer noch fast 4 Prozent Realwachstum. Wenn wir so weiterfahren, ist es nur logische Konsequenz, dass wir zu einer wachsenden Staatsquote kommen. Eine wachsende Staatsquote heisst aber letzten Endes (und auf die Dauer), auf leisen Sohlen zur Staatswirtschaft überzugehen. Doch das wollen die meisten hier wahrscheinlich nicht.

Bei unseren Kürzungen sind wir in sehr engen Fesseln. Wir dürfen beispielsweise keine Gesetze verletzen; wir können Rahmenkredite erstrecken, wir können Budgetpositionen, die nächstes Jahr noch nicht rechtskräftig werden, nicht ins Budget einstellen. Sie müssen daran denken: Der Manövrierspielraum ist relativ gering, er beträgt ungefähr 20 Prozent; von den Ausgaben sind 60 Prozent gesetzlich und 20 Prozent bereits vertraglich gebunden – das war die Ausgangslage. Dann kommen noch die kurzen Spiessse einer parlamentarischen Kommission hinzu, und trotzdem haben wir es in den Subkommissionen und im Plenum der Finanzkommission fertiggebracht,

nochmals 400 Millionen Franken mehr zu sparen. Ich möchte hier dem Bundesrat danken, dass er die Bereitschaft gezeigt hat mitzumachen. Ohne das wäre es ja nicht gegangen. Ich habe jeden Bundesrat am Schluss der Beratung gefragt, wie er jetzt damit leben könne. Es haben alle gesagt: Schlecht und recht, aber man kann damit leben.

Es ist wichtig, dass Sie jetzt nicht wieder auf alle Begehrlichkeiten eingehen! Sie können vielleicht, wenn Sie hier Anträge bringen, für sich einen kurzfristigen Erfolg erzielen. Aber denken Sie an das übergeordnete Interesse, an das finanzpolitische, an das gesamtwirtschaftliche Interesse. Wenn Sie aus der Symmetrie der Kommission einzelne Säulen herausbrechen und dann wieder aufstocken, dann fällt das ganze Gebäude zusammen wie ein Kartenhaus. Ich habe beigenweise Briefe erhalten, Enttäuschungen, und alle diese Briefe, alle diese Bittbegehren, alle diese Wünsche sind durchaus vernünftig. Aber wir können jetzt nicht mehr alles realisieren, was an sich wünschbar ist. Angesichts dieser Situation müssen wir dem Ausgabenwachstum Einhalt gebieten.

Wir bitten Sie deshalb, auf der Linie der Kommission durchzuhalten, nicht davon abzuweichen, nicht dem Ständerat entgegenzukommen; denn der Ständerat verlässt diese Linie. Mit dem ständerätlichen Vorschlag lösen wir das Problem nicht, sondern wir lösen eine neue, langfristige Krise aus. Die Budgetdefizite der nächsten Jahre werden uns dann die entsprechende Antwort geben.

6. Ich bitte Sie also, zwar den Rückweisungsanträgen, die hier gestellt sind, nicht zuzustimmen. Aber ich beschwöre Sie: Brechen Sie keinen einzelnen Pfeiler heraus, gehen Sie nicht auf diese vielen, zum Teil durchaus vernünftigen Wünsche und Wünschlein ein, sondern halten Sie für diesmal fest an Ihrem finanzpolitischen Gewissen. Denn heute und in den nächsten Tagen werden wir eine wichtige Entscheidung fällen, nicht nur eine Entscheidung finanzpolitischer Natur, sondern es geht auch um unsere Volkswirtschaft, um unsere soziale Sicherheit. Mit Budgetdefiziten – ich sage es nochmals – werden wir am Schluss ganz sicher unsozial sein, abgesehen von dem, was wir wirtschaftlich an Schaden anrichten.

M. Darbellay, rapporteur: Après une période faste pour les finances de la Confédération, nous entrons aujourd'hui – et vous le savez déjà – dans une zone de dépression spectaculaire. Contrairement au budget que nous avons présenté pour 1991, qui prévoyait encore un bénéfice de 73 millions, nous aurons des comptes avec un déficit de l'ordre de 1,5 à 2 milliards de francs. Le budget de la Confédération, présenté par le Conseil fédéral, prévoyait un déficit de 1,993 milliard, sans compter les 30 millions qui devraient s'ajouter, en fonction de la réforme du Parlement, si celle-ci obtenait l'agrément du peuple. Nous avons ainsi un budget de 37,8 milliards de dépenses et de 35,8 milliards de recettes. Les dépenses sont en augmentation par rapport à l'année précédente de 11,7 pour cent, alors que les recettes se contentent d'une modeste augmentation de 5,1 pour cent. Il faut relever que, selon les prévisions, l'augmentation du produit intérieur brut devrait se situer à 6 pour cent environ.

J'ai parlé ici du compte financier. Si nous prenons le compte des résultats, nous observons qu'il est encore plus déficitaire, puisque, selon le budget du Conseil fédéral, nous enregistrons une diminution de fortune de 2,35 milliards, et si nous essayons – ce que nous faisons souvent – de nous comparer à l'économie privée, eh bien, dans l'économie privée, quand on publie des comptes il s'agit, non pas de comptes financiers mais de comptes de résultats. Notre fortune diminuerait donc – selon ce budget – pour 1992, de 2,35 milliards de francs. Nous pouvons dire que 2,35 milliards sur un budget de l'ordre de près de 40 milliards, ce n'est pas énorme et peut être digéré. Mais, ce que nous devons craindre, ce n'est pas tant le déficit de 1992, comme les déficits des années ultérieures. Et, si nous n'entreprenons pas aujourd'hui les démarches nécessaires, ces déficits sont programmés et ils se monteront à 3,4 ou 5 milliards. Nous partons d'une situation saine, avec une dette qui est tout à fait supportable et maîtrisable, de l'ordre de 25 milliards de francs, mais nous n'avons pas le droit de laisser se détériorer la situation.

Or, si nous essayons d'examiner à quoi tient cette détérioration, nous remarquons qu'il y a des raisons structurelles et des raisons conjoncturelles. Aurais-je besoin de rappeler l'augmentation des taux d'intérêt, une inflation qui persiste et des difficultés économiques plus sérieuses qu'on ne les imaginait il y a une année encore. Mais il y a aussi des causes structurelles. Ainsi, de nombreuses dépenses nécessaires ont été décidées; seulement durant l'année 1991, en tenant compte des crédits d'engagement et des crédits de paiements, nous en avons voté 32 milliards, dont 14 pour les nouvelles lignes ferroviaires alpines. C'est dire que, dans les prochaines années, nous aurons des dépenses considérables.

Si nous voulons assurer un équilibre convenable à nos finances fédérales, il faut intervenir tant au niveau des recettes qu'à celui des dépenses. Outre cette différence de 2 milliards au compte financier, on nous proposait au total une augmentation de 342 postes de travail – 289 demandés par l'administration générale, 6 par les tribunaux fédéraux et 47 pour les services du Parlement. C'est dire qu'en se réunissant le 22 octobre la commission se trouvait devant une situation très tendue.

Nous avons décidé alors de vous proposer le renvoi pur et simple du budget au Conseil fédéral pour lui demander de réduire ses dépenses d'environ 1,5 milliard afin de maintenir le déficit aux environs de 500 millions de francs. Le Conseil fédéral a donc repris ce budget, il a réexaminé tous les postes, exercice qu'il faisait pour la seconde fois puisque le premier budget présenté par les départements accusait un déficit de 3 milliards de francs qui, grâce à l'énergie de notre ministre des finances ainsi qu'à la collaboration des chefs de département, avait déjà été réduit à 2 milliards. Lors de ce second exercice, les 4 et 5 novembre, il est parvenu à réduire les dépenses de 495 millions de francs – je n'ose parler d'économies car il s'agit souvent, comme vous le savez, de transferts. La commission du Conseil des Etats a accepté la quasi-totalité des réductions proposées par le Conseil fédéral, et lorsque nos sous-commissions ont siégé nous avons ces propositions du Conseil fédéral et de la commission du Conseil des Etats.

Notre commission et nos sous-commissions ont trouvé que l'exercice n'était pas suffisamment avancé et nous avons demandé à nouveau à l'administration et aux conseillers fédéraux de voir dans quels domaines ils pouvaient encore réduire leurs dépenses. Déjà dans les sous-commissions nous avons obtenu un certain résultat, au point de rendre presque jaloux notre ministre des finances pour qui nous obtenions auprès de ses collègues ce que lui-même n'avait pas réussi à obtenir. La commission plénière du Conseil national est allée au-delà des propositions des sous-commissions. C'est ainsi que nous sommes arrivés à un budget réduit du côté des dépenses de 857 millions de francs, réduit aussi quant au nombre de postes demandé de 342 à 175, mais avec un déficit encore substantiel – il faut le reconnaître – de 1,135 milliard de francs.

Aujourd'hui, nous nous trouvons devant une proposition de la Commission des finances du Conseil national qui vous invite à approuver ces réductions. Dans un exercice budgétaire, 857 millions de réduction, ce n'est pas facile à trouver. Il a fallu demander à tous les chefs de département de faire des sacrifices. On a parlé de l'«équilibre» dans les sacrifices. Nous avons été obligés d'y souscrire, même si dans certains domaines l'exercice est tout particulièrement douloureux – je pense notamment au domaine de la formation où les dépenses dites de fonctionnement, sont en réalité des dépenses d'investissement; ou encore à l'aide au tiers monde où les problèmes sont autrement importants que ceux que connaît notre riche Suisse. Nous devons cependant faire cet effort, afin que nous puissions, dans le futur, encore répondre de nos finances.

Aujourd'hui aussi, deux groupes nous proposent le renvoi du budget. J'ai essayé de vous décrire les cascades successives, les efforts qu'ont dû faire tous les départements. Si l'on essayait aujourd'hui de renvoyer le budget, nous ne ferions probablement que provoquer quelques transferts supplémentaires sans faire des économies. Le budget qui nous est présenté pour 1992 est un budget supportable et nous en sommes d'autant plus convaincus que le Conseil fédéral nous a promis de nous présenter assez tôt des propositions visant à rétablir l'équilibre de ses finances, propositions qui devront prévoir

des restrictions de dépenses mais aussi des recettes nouvelles.

Je vous ferai remarquer que dans cet exercice nous sommes vite pris de court car beaucoup de dépenses sont prévues par la législation. On peut donc nous proposer, dans un programme spécial, des modifications de la législation, mais il n'est pas possible de le faire dans le cadre du budget. Nous avons dû nous contenter d'intervenir sur les postes qui ne sont pas directement liés par la législation ou par des engagements, ou bien où l'on a la possibilité d'étaler sur quatre ou cinq ans les dépenses qui avaient été prévues sur trois ou quatre ans.

Si l'on considère par exemple le problème de la sécurité sociale, où figure le poste le plus gourmand du budget 1992, soit 8,6 milliards de francs, il faut savoir que ces dépenses sont essentiellement constituées par les subventions à l'assurance-maladie – qui proposerait, à l'heure actuelle, de les réduire alors que nous avons d'innombrables demandes? – par la participation prévue par la loi sur l'AVS ou par la participation, également prévue par la loi, aux dépenses de l'assurance-invalidité. Ce montant de 8,6 milliards représente une augmentation de 12 pour cent. Des augmentations du même ordre concernent l'agriculture ou la formation et la recherche – et là aussi nous souhaiterions que l'on puisse continuer sur la même lancée.

En conclusion, je vous invite donc à repousser ces demandes de renvoi et à accepter le budget avec les diminutions de dépenses prévues par la commission du Conseil national. Enfin, je voudrais remercier M. Stich, conseiller fédéral, pour la manière dont il a présenté les problèmes et recherché avec nous les solutions. Je remercie également ses services et tous les autres conseillers fédéraux qui ont fait un effort très sérieux pour que nous puissions arriver à un résultat, certes pas entièrement satisfaisant, mais bien meilleur que ce qui était prévu, soit un déficit de 1,135 milliard de francs.

Weder Hansjürg: Herr Jaeger hat es gesagt: Dem Bund drohen ein Riesendefizit, damit einhergehend eine weitere Staatsverschuldung und eine weitere Zinslast, die dazu führt, dass wir in bezug auf die Zinsen die Milliardengrenze überschreiten.

Was sich bei uns anbahnt, ist eine finanzielle Katastrophe. Sie zwingt uns zum Sparen, zum Ausgeben von weniger Geld. Selbst Tabus müssen jetzt durchbrochen werden: z. B. die Landwirtschaft, diese heilige Kuh, muss Haare lassen; und das Militär, auch diese Kuh ist heilig, muss abspecken.

Sparen wird verlangt, und das ist der Grund, weshalb wir Ihnen den Antrag stellen, das vorliegende Budget an den Bundesrat zurückzuweisen, mit dem Auftrag, Einsparungen und Ausgabenkürzungen vorzunehmen, und zwar in grösstmöglicher Höhe. Wegleitend soll dabei die Absicht der Finanzkommission sein, deren Ziel es einmal war, das Defizit nicht über eine halbe Milliarde anwachsen zu lassen.

Die Hauptschuld an der drastischen Verschlechterung der Finanzlage trägt die Nationalbank, weil sie durch eine massive Ausweitung der Geldmenge die Inflation anheizte; die mit deren Bekämpfung einherlaufende Zinsverteuerung verursachte eine Geldentwertung für das Jahr 1991 von rund 6 Prozent.

Es ist eine Binsenwahrheit, dass bei hoher Inflation die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Unbestritten ist aber auch, dass Hochzinspolitik immer und überall zu Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Konkursen, zu sozialen und politischen Spannungen führt. Der Verteilungskampf wird härter. Hochzinspolitik bildet vor allem für die kleinen Unternehmen eine arge Strapaze und ist der Hauptgrund für die dramatisch gestiegenen Wohn-, Miet- und Pachtkosten.

Die Schweiz darf sich heute mit dem zweifelhaften Ruhm schmücken, zu den drei Ländern Europas zu gehören, die die höchste Inflationsrate aufweisen: in diesem Jahr über 6 Prozent, wie gesagt, in den letzten drei Jahren zusammen über 15 Prozent. Der Nationalbank und ihrem Generaldirektor Luser gerecht das nicht zur Ehre, ebensowenig dessen völlig überflüssige Empfehlungen an den Bundesrat und an die eidgenössischen Räte, auf die wir heute und auch zukünftig verzichten können.

Der zinspolitische Husarenritt Lussers kostet die Mieter und Pächter mindestens 12 Milliarden Franken jährlich; denn die Schweiz ist mit 420 Milliarden Franken hypothekarisch verschuldet, beinahe 70 000 Franken pro Kopf der Bevölkerung. Das entspricht einem Weltrekord.

Die Schweizer Bevölkerung hat Anspruch auf einen festen Preisstand. So, wie der Meter immer gleich lang bleibt und ein Kilo immer gleich schwer ist, hat die Kaufkraft des Franks konstant zu bleiben! Wir wollen weder Inflation noch Deflation. Auf dem Weg dorthin fordern wir Direktor Lusser auf, die Zinsen, insbesondere die Lombardzinsen, wieder zu senken und zu korrigieren, was er uns eingebrockt hat.

Beim Tanz um das goldene Kalb haben natürlich auch die Banken über ihr Kartell mitgemischt. Das ist zu sehen an den prognostizierten glänzenden Abschlüssen dieser Institute für das Jahr 1991. Dividenden auf dem Grundkapital in sagenhafter Grössenordnung winken den hoffnungsfrohen Aktionären. Ich erinnere daran, dass letztes Jahr die Schweizerische Bankgesellschaft ihre Dividende von 23 auf 27 Prozent erhöht hat. Früher gab es einmal den Ausdruck des Wuchers, und man setzte eine Wuchergrenze bei 17 Prozent fest. Hier werden diese Grenzen um 10 Prozent überschritten!

Mit unserer Rückweisung verbunden ist die Erwartung, dass der Bundesrat Prioritäten und Perspektiven für die nächsten Jahre erarbeitet. Es sind z. B. die budgetierten Ausgaben, für welche das Gesetz noch nicht in Kraft tritt, zurückzustellen. Es sind Rahmenkredite zeitlich zu strecken, insbesondere jene, die das Parlament aufgestockt hat. Allenfalls, faute de mieux, sind lineare Kürzungen der Subventionen ins Auge zu fassen. Steuererhöhungen, höhere Abgaben und noch mehr Gebühren, eine weitere Belastung der Konsumenten also, wird die LdU/EVP-Fraktion nicht akzeptieren – mit Ausnahme einer gezielten Energiesteuer, wobei der entsprechende Ertrag jedoch wieder zurückfliessen muss.

Wir bitten Sie um Weitsicht. Wir bitten Sie, unserem Rückweisungsantrag zu folgen. Dies gilt in besonderen für die neuen Kolleginnen und Kollegen in diesem Rat, denen ich ans Herz lege, für solche wichtigen Entscheidungen die Unabhängigkeit zu wahren und sich nicht ins enge Korsett der Parteidisziplin einbinden zu lassen.

Mit Ihrer Hilfe könnten wir heute einen wichtigen Durchbruch erzielen. Dafür danke ich Ihnen namens unserer Fraktion im voraus bestens.

Keller Rudolf: Unsere Fraktion nimmt mit einem ungenuten Gefühl vom vorgelegten Voranschlag für 1992 Kenntnis. Wenn die Ausgaben grösser sind als die Einnahmen, ist äusserste Vorsicht geboten. Wir sind jetzt in einer solchen Situation, die sich durch die einsetzende Rezession noch zusätzlich verschärft. Wenn man die Beschlüsse des Ständerates der letzten Woche analysiert, muss man allerdings zur Ueberzeugung kommen, dass wegen der schlechten Finanzlage wohl gespart werden soll, sich aber jeder dagegen wehrt, dass dies in seinem Gärtchen geschieht. Wem es mit Sparen ernst ist, muss bereit sein, auch in den uns allerliebsten Bereichen Abstriche zu akzeptieren.

Die Fraktion der SD/Lega tritt für einen sparsamen Kurs ein. Wir sind eigentlich überzeugt davon und wissen, dass auf verschiedenen Gebieten gespart werden kann. Es ist eine Frage des Willens. So laufen uns zum Beispiel die Kosten für die Drogenabhängigen davon. Unser Stichwort dazu lautet: geschlossene und übersichtliche Drogenkliniken anstatt einer Liberalisierung, die uns immer mehr Geld kostet.

Im Asylbereich haben wir schon seit Jahren vor den Folgen der verheerenden und schwachen bundesrätlichen Politik gewarnt. Wir fordern einmal mehr, dass im Asylbereich gehandelt wird; dann können wir auch dort sparen. Wenn der Bundesrat die Sache so weiterlaufen lässt wie bisher, steigen die Kosten für das Asylwesen nächstes Jahr auf über eine Milliarde Franken an. Dieses Geld reut uns. Nur ein Teil davon, eingesetzt in den Herkunftsländern der Asylanten, könnte ein Vielfaches dessen bewirken, was damit bei uns erreicht werden kann. Konsequentes Handeln in der Sache wirkt sich auf die Rechnung der Eidgenossenschaft finanziell positiv aus.

Weitere Stichworte sind Bretton Woods, wozu wir nein sagen,

sowie die pauschale multilaterale Entwicklungshilfe, die in den meisten Fällen nichts bringt, weil das viele Geld irgendwo verandert. Wir Vertreter der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi sagen demgegenüber ja zu einer bilateralen, ökologisch sinnvollen und überblickbaren Entwicklungshilfe. Das kostet uns weniger. Wir sind aber überzeugt, dass wir damit den betroffenen Menschen mehr helfen können, als wenn unser Geld in unkontrollierbaren Kanälen von internationalen Organisationen versickert.

Allgemein stellen wir fest, dass bei unzähligen kleineren Posten in allen Departementen noch sehr viel und sehr wohl gespart werden könnte. Das beginnt bei der Verwaltung und endet z. B. beim «heiligen» Kapitel Armee. Eine Sparübung, konsequent durchgezogen, bringt uns bestimmt zum Ziel. Es gibt unzählige ungebundene Ausgabenposten, bei denen ohne extreme Härten gespart werden kann. Effizienz und Sparwille bei allen Beteiligten sind gefragt. Das Verursacherprinzip muss auf der Ebene des Budgets vermehrt zum Tragen kommen.

Wir stellen fest, dass wir immer mehr für die Umweltsünden der vergangenen Jahre bluten müssen. Es kostet uns viel, die Versäumnisse früherer Jahrzehnte ausbügeln und – eben – zahlen zu müssen: Gewässerschutz, Lawinverbauungen, Zerstörung unseres Bodens usw. Das alles sind teure Investitionen. Bei den Umweltsünden der vergangenen Jahrzehnte können sich die Regierungsparteien nicht aus der Verantwortung schleichen. Damit haben wir ihnen einige Denkanstösse gegeben.

Es hätte keinen Sinn gehabt, dem Rat Antrag über Antrag zu stellen. Es muss Aufgabe des Bundesrates sein, den Voranschlag erneut, aber konsequent zu überprüfen. Dabei hoffen wir, dass man nun nicht die schwächsten unserer Gesellschaft, die sogenannten «kleinen Leute», für die Sünden der Vergangenheit bluten lässt. Weder kurz- noch längerfristig sind Steuererhöhungen oder die Einführung neuer Steuern nötig. Wenn wir alle, Bundesrat, Nationalrat und Ständerat, Ausgabendisziplin wahren, wird es uns gelingen, den Staatshaushalt längerfristig ausgeglichen zu gestalten.

Namens der Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi beantrage ich Rückweisung des Voranschlages 1992 mit dem Auftrag, das Defizit auf höchstens 500 Millionen Franken zu begrenzen. Wenn wir jetzt nicht den Mut haben zu handeln, büssen wir es später um so mehr.

Dreher: Namens der Fraktion der APS stelle ich den Antrag auf Rückweisung an den Bundesrat mit dem Auftrag, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen.

Wir haben heute gehört, dass es mit den Bundesfinanzen schlecht stehe; die Höhe des Defizits ist Ihnen bekannt.

Das musste ja einmal kommen. Ich bin seit 1987 in diesem Rat und stelle fest: Sie konnten ja den Hals nicht voll kriegen mit Geldausgeben – Geld, das Ihnen nicht gehört. Es war doch wirklich so: Sie konnten den Hals nicht voll kriegen mit Förderung des öffentlichen Verkehrs. In der Rechnung 1987 waren es noch 1410 Millionen; jetzt sind wir auf 2400 Millionen Franken. Sie konnten den Hals nicht voll kriegen anlässlich der Feier vom 2. Mai, 700 Jahre Schweiz. Die Hilfswerke haben laut 700 Millionen Franken gefordert. Was macht das Parlament? Es wirft 700 Millionen Franken zum Fenster hinaus. So geht es natürlich wirklich nicht.

Jetzt sehen wir die Konsequenzen dieser Politik. Ich bin der letzte – ich will das ausdrücklich festhalten –, der Herrn Bundesrat Stich da einen Vorwurf macht. Unzählige Male hat er gewarnt und auf die finanziellen Konsequenzen Ihrer Ausgabenbeschlüsse hingewiesen. Unzählige Male haben Sie mit einer Disziplinlosigkeit, wie sie offenbar nur in einem Parlament geübt werden kann, beschlossen, sich über diese Warnungen hinwegzusetzen.

Ich erinnere daran, dass Herr Kollege Allenspach beim Kredit für die Pro Helvetia darauf hingewiesen hat, dass die Bundesfinanzen schlechten Zeiten entgegengehen. Was hat man gemacht? Man hat gesagt, im Ausland meine man, Herr Botta sei kein Tessiner, sondern ein Italiener, und das war Grund genug, dass wieder ein zweistelliger Millionenbetrag über die Parlamentstheke gegangen ist. So geht es wirklich nicht.

Wenn wir ein ausgeglichenes Budget verlangen, dann heisst das: Strecken von Rahmenkrediten, lineare Kürzungen – wenn das nötig sein sollte – und auch einmal darüber nachdenken, was denn sogenannt gebundene Ausgaben sind. Ich habe noch nie gehört, dass es in der Wirtschaft gebundene Ausgaben gibt. Wenn zuwenig Einnahmen da sind, streckt man sich in allen Bereichen nach der Decke. Man verfügt sogar einen Baustopp für ein Verwaltungs- oder ein Fabrikgebäude, wenn das Geld nicht reicht. Nur beim Staat glaubt man, die Gesetze eines gesunden Haushalts gälten nicht. Wenn es aber an die Besoldungen geht, dann zieht man immer die Parallele zur Wirtschaft.

Wir müssen uns langsam daran gewöhnen, dass auch liebgezwonnene Erbhöfe – ich meine insbesondere die Landwirtschaft – daran glauben müssen. Die Zeiten des unbegrenzten dreistelligen Millionensubventionswachstums sind vorbei. Meine Fraktion hat auch da eine klare Vorstellung. Wir nehmen es nicht hin, dass die Konsumenten und die Steuerzahler mit ihren Steuern Strukturen aufrechterhalten müssen, für welche keine Nachfrage mehr besteht. Solche Strukturhaltung – sei es im öffentlichen Verkehr, sei es in der Landwirtschaft – ist das Teuerste, was es gibt. Und à la longue führt diese Politik ins finanzielle Desaster.

Aus all diesen Gründen bitten wir, der Rückweisung an den Bundesrat zuzustimmen mit dem Auftrag, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen.

Kühne: Ohne Zweifel erregt die Finanzlage der Eidgenossenschaft zu Beginn der neuen Legislatur Besorgnis.

Das Ausgabenwachstum hält an, während die Einnahmenwunder nicht mehr stattfinden. Neue und zum Teil bisherige Aufgaben binden zusätzliche Mittel, und auf der Einnahmenseite beginnt sich die Konjunkturschwäche auszuwirken. Dies namentlich bei den Warenumsatzsteuererträgen im laufenden und auch im kommenden Jahr. Mittelfristig werden sicher auch die Erträge der direkten Bundessteuer betroffen sein.

Ohne energische Gegenmassnahmen würden die Fehlbeiträge der Jahre 1992 bis 1995 zu einer Mehrverschuldung in der Grössenordnung von 15 Milliarden Franken führen. Damit würden immer mehr Mittel für die Schuldzinsen gebunden; für die grossen Zukunftsaufgaben blieben weder genügend Geld noch genügend Handlungsspielraum.

Je schneller die Talfahrt der Bundesfinanzen gebremst werden kann, um so besser ist die Wirkung und um so sicherer ein Erfolg. Grundsätzlich kann das Gleichgewicht durch zusätzliche Einnahmen, eine rigorose Sparpolitik oder eine Kombination beider Instrumente erreicht werden. Da ein Hauptproblem für unsere Wirtschaft und für unsere öffentlichen Haushalte die nach wie vor sehr hartnäckige Teuerung ist, muss auf index erhöhende Mehreinnahmen im Jahre 1992 verzichtet werden.

Somit haben wir uns auf ein Sparprogramm zu konzentrieren. Dabei genügen die Reduktionen, welche der Ständerat vorgekommen hat, nicht. Wir müssen der Linie der Finanzkommission des Nationalrates folgen, welche in mühsamer Arbeit zahlreiche weitere Reduktionen zustande gebracht hat und bei dieser Arbeit zum Teil sehr nah an die Grenzen gegangen ist. Ich denke dabei vor allem an den Unterhalt der militärischen und zivilen Bauten. Man kann diesen Unterhalt ein bis zwei Jahre stark beschneiden, aber längerfristig äussert sich diese Sparübung wieder in Mehrausgaben.

Die Einsparungen, die wir gemacht haben, sind schmerzhaft. Sie haben zugegebenermassen auch Schönheitsfehler und Mängel: Verschiebung der Lasten auf Dritte – z. B. auf die Kantone –, zeitliche Verschiebung und Erstreckung von unerlässlichen Aufgaben, Sparen bei Investitionen, insbesondere bei Bauaufträgen; damit sind sie nicht unproblematisch für die Beschäftigungslage. Die Alternativen sind aber noch wesentlich schlechter. Eine massive Verschuldung und damit eine entsprechende Beanspruchung des Kapitalmarkts wären negativ für das Zinsgefüge, wiederum mit nachteiligen Folgen für öffentliche Haushalte, Wirtschaft, Wohnungsbau, Mieten, Landwirtschaft usw.

Bei der heutigen Stimmung wird das Schweizer Volk neuen Einnahmen ohne vorhergehende einschneidende Sparmassnahmen nicht zustimmen. Da die geltende Bundesfinanzord-

nung 1994 ausläuft, sind Bundesrat und Parlament gefordert, durch eine zurückhaltende Ausgabenpolitik den Weg für eine moderne und unseren Export- und internen Bedürfnissen angepasste Einnahmenordnung zu ebnen.

Nach Meinung der CVP-Fraktion erfüllt die Mehrwertsteuer diese Anforderungen am besten. Dabei sind die Lehren aus der Volksabstimmung vom 2. Juni zu ziehen. Nebensächliche Fragen haben damals das Nein bewirkt. Die Vorlage darf nicht mit zusätzlichen, aber umstrittenen Punkten überladen sein. Sie muss zudem von einer Entlastung bei der direkten Bundessteuer begleitet werden.

Die CVP-Fraktion ist bereit, die Sparanstrengungen mitzutragen. Wir folgen mit wenigen Ausnahmen den Anträgen der Finanzkommission. Leider müssen wir feststellen, dass das Sparpaket die Rand- und Bergregionen stark trifft. Naturgemäss gehen die Beiträge an die benachteiligten Regionen und benachteiligten Gruppen. Es ist also nicht so, dass sie blindlings mit der Giessskane verteilt werden.

Eine Mehrheit unserer Fraktion empfindet die Streichung des ausserordentlichen Anteils der allgemeinen Strassenbeiträge als einseitige Benachteiligung der finanzschwächeren Kantone mit grossen Strassenlasten und kann ihr daher nicht zustimmen.

Als krasse Ungleichbehandlung beurteilen wir den nominalen Einkommensabbau der Berglandwirtschaft durch die Kürzung der Kostenbeiträge an Viehhalter im Berggebiet und die Massnahmen des Viehabsatzes, dies in einem Zeitpunkt, in welchem fast allgemein die Teuerung ausgeglichen wird.

Ein zentrales Problem stellt das Asylwesen dar. Es ist politisch sehr brisant, und die finanziellen Aufwendungen sind hoch. Wir folgen in dieser Frage der Kommissionsmehrheit. Hohe Priorität messen wir einer Verkürzung der Behandlungsfristen der Asylgesuche bei. Durch schnellere Entscheide sollen falsche Hoffnungen abgebaut werden und soll der Zustrom von unechten Flüchtlingen in unser Land zurückgehen. 1992 müssen wir auf diesem Gebiet noch verstärkte Anstrengungen unternehmen. Zu frühe Einsparungen könnten in den Folgejahren zu unabsehbaren Mehraufwendungen mit den entsprechenden Problemen führen.

Eine eigentliche Schlüsselposition ist der Personalbestand. Die bewilligten Stellen ergäben mit Besoldung und Folgeaufwendungen beinahe unabänderliche Grössen für die kommenden Jahre, dies insbesondere, wenn noch grosse Teuerungsanpassungen erfolgen müssen. Sparpolitik ohne gleichzeitige Zurückhaltung bei den Stellenbegehren wird sehr wenig bewirken. Gerade in diesem Punkt ist die Zusammenarbeit über die Grenzen der Bundesämter und Departemente die Voraussetzung für einen Erfolg. Zudem kann der Finanzkrise nur durch verbesserte und konsequentere Setzung von Prioritäten durch Bundesrat und Parlament begegnet werden.

Zu den Rückweisungsanträgen der LdU/EVP-Fraktion, der Fraktionen SD/Lega und der Auto-Partei: Eine Rückweisung zu verlangen ohne politische Aussagen darüber, in welchen Bereichen gespart werden soll, ist etwas einfach. Es liegt in der Natur der Sache, dass wir nicht alle die gleichen Punkte als prioritär einstufen. Jeder sieht gewisse Aufgabengebiete, die ihm nicht nahestehen, bei welchen man ohne weiteres sparen könnte. Dies – je nach Gesichtspunkt – wären die Armee, die soziale Sicherheit usw. Jeder sieht also die Möglichkeit zu sparen an einem anderen Ort.

Herr Dreher ist wenigstens konkret geworden und hat gesagt, man solle bei der Landwirtschaft sparen. Ich möchte ihm antworten, dass Landwirtschaft mehr als nur Nahrungsmittelproduktion ist. Landwirtschaft ist auch Erhaltung der Landschaft. Wo will er mit seinem Auto hin, wenn die Landschaft nicht mehr in Ordnung und gepflegt ist?

Iten Joseph: Ruedi Hagmann schrieb am 19. Oktober im «Vaterland» einen bemerkenswerten Kommentar. Das «Vaterland» ist allerdings kurz darauf für immer verstummt, vermutlich aber nicht deswegen. Der Kommentator fragt sich: Was ist von einer Regierung zu halten, die einem Parlament ein Budget zuleitet, in dem sie mit einem Ausgabenwachstum von 12 Prozent rechnet, in dem sie 294 zusätzliche Beamtenstellen vorsieht und in dem sie ein Defizit von 2 Milliarden Franken

in Kauf nehmen will? Seine Antwort ist kurz und bündig: Nichts!

Ruedi Hagmann stellt sich dann eine zweite Frage: Warum macht denn die Landesregierung nicht das, was sie eigentlich sollte? Und er gibt auch gleich die Antwort: Der Bundesrat spielt den Ball an das Parlament zurück und versucht damit, das Parlament in die Pflicht zu nehmen. Dieses Verhalten hat seiner Meinung nach durchaus etwas für sich, weil für die schwierige Finanzlage das Parlament selber verantwortlich ist. Das sind harte Worte, aber leider sind sie auch nicht unbegründet. Vermutlich werden sich die Kommentatoren bald auch fragen können: Was ist von einem Parlament zu halten, das trotz aller Warnungen und angesichts einer katastrophalen Finanzlage unbekümmert Sonderinteressen den langfristigen finanzpolitischen Gesamtinteressen vorzieht? Was ist von einem Parlament zu halten, das auch jetzt, nach den Wahlen, die dringlichen Ermahnungen des Finanzministers und der Mehrheit der Finanzkommission in den Wind schlägt? Oder: Was ist von einem Parlament zu halten, das – wenige Tage, nachdem es das Gelübde oder den Eid auf die Verfassung abgelegt hat – klarmacht, dass es sich in seiner Mehrheit nicht an die Verfassung gebunden fühlt, nicht an Artikel 31quinquies und nicht an Artikel 42 der Bundesverfassung?

Entgegen den Empfehlungen der Finanzkommission haben die Räte in den letzten Jahren der Hochkonjunktur keine Rücklagen gebildet, sondern – darin liegt ja unsere Hauptverantwortung – jeweils bei den Ausgaben noch über die Anträge des Bundesrates hinaus aufgestockt.

Wenn wir die Vorlasten mit dem jetzt programmierten Defizit und dem Defizit der nächsten Jahre aufrechnen, ergibt sich folgende Situation: Zu den bestehenden rund 24 Milliarden Schulden kommen dieses Jahr mindestens eine weitere und im nächsten Jahr mehrere dazu. Also ein Schuldenberg von rund 30 Milliarden Franken. Das ist das Ergebnis der Mentalität «Gibst du mir bei meinem Antrag die Wurst, dann lösche ich dir bei deinem Antrag den Durst».

Das ist deshalb gefährlich, weil Sie durch diese Beschlüsse langfristig immer wieder Zinsmittel binden. Deshalb bitte ich Sie, dieses Mal alle Anträge auf Erhöhung abzulehnen. Nicht weil uns die Antragsteller oder die Anträge nicht sympathisch wären, sondern weil wir uns schlicht und einfach sagen: Es müssen heute viele mit weniger zufrieden sein, damit nicht in einigen Jahren alle nichts mehr bekommen.

In den verschiedensten Bereichen wird Ihnen die Mehrheit der Finanzkommission Kürzungen beantragen, und Sie werden diesen Anträgen in der Gesamtheit zustimmen können. So, wie ich Bundesrat Stich kenne, wird er als Sprecher des Bundesrates zwar hier den Standpunkt der Regierung vertreten müssen, aber für die Sparanstrengungen und die Anträge der Mehrheit der Finanzkommission grosses Verständnis haben, um nicht zu sagen Wohlwollen. Vermutlich werden Sie es jeweils vor den Abstimmungen, wenn er zu den Einzelanträgen Stellung nimmt, selber spüren. Ich bitte Sie dann, sehr gut zuzuhören, damit Sie auch das hören, was Herr Bundesrat Stich als Finanzchef denkt, während er als Sprecher des Bundesrates spricht.

Leuenberger Ernst: Die sozialdemokratische Fraktion ist – wie Sie alle – von den finanziellen Aussichten für das Jahr 1992 und für die kommenden Jahre nicht gerade begeistert. Immerhin gilt es, ganz nüchtern festzustellen, dass vermutlich in den letzten 10 Jahren diese Eidgenossenschaft und dieses Parlament, stellvertretend handelnd für die Eidgenossenschaft, immer neue Aufgaben übernommen oder die Lösung von neuen Aufgaben versprochen haben, ohne sich darum zu kümmern, wie diese Aufgabenerfüllung zu finanzieren ist.

Wir finden deshalb: Im Augenblick, wo wir Finanzprobleme haben, ist an erster Stelle zu prüfen, welche Aufgaben, die die Eidgenossenschaft heute hat, erste Priorität geniessen sollen, welche zweite, welche dritte usw. Wir kommen nicht umhin, in der Budgetierung für einmal von der Fortschreibung der alten Budgets Abstand zu nehmen, nicht mehr einfach zu behaupten, dieses oder jenes Departement habe 10 Prozent plus oder 2 Prozent minus budgetiert, sondern wir haben die Budgetierung aufgabenorientiert an die Hand zu nehmen und die

Budgetierung aufgaben- und prioritätsorientiert durchzuführen. Dabei will ich ganz klar sagen: Wir sind schon der Meinung, es müssten alle Sparmöglichkeiten ausgeschöpft werden, aber bei den neuen Aufgaben, die, wie ich gesagt habe, in den letzten Jahren übernommen wurden, wird es gar nicht ohne neue Einnahmen gehen.

Es hat hier einige, die heute fürs Sparen plädieren, die heute zum Teil sogar Gebiete nennen, auf denen gespart werden soll, denen diese Rolle aber recht schlecht bekommt: Es sind zum Teil die gleichen Leute, die in der Herbstsession mit einer Nonchalance sondergleichen Steuergeschenke verteilt haben – ich erinnere an das unrühmliche Kapitel Stempelsteuer. Es sind die gleichen Leute, die laut oder halblaut darüber nachdenken, wie man die direkte Bundessteuer eliminieren oder zumindest namhafte Rabatte gewähren könnte.

Ich muss Ihnen offen sagen: Wenn Sie vom Sparen reden und dann klammheimlich, wie etwa die CVP, grosszügig sagen, diese 140 Millionen nach Finanzkommission sollten nicht gespart werden und jene 20 Millionen auch nicht, dann werden Sie als Sparer Ihre Glaubwürdigkeit verloren haben, bevor Sie überhaupt daran gedacht haben, sie zu erwerben.

Es ist in der Tat klar, dass es ohne Sparen nicht geht, weil uns das Volk ohne Sparen nicht neue Einnahmen bewilligen wird. Es sei denn, wir würden heute dem Rückweisungsantrag Dreher zustimmen. Der ist ja besonders lustig: Der schlägt ja Rückweisung an den Bundesrat vor mit dem Auftrag, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Ich nehme an, unserem Finanzminister würde es nicht schwerfallen, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Er könnte zum Beispiel beim Strassenbau noch ein bisschen zusätzlich kürzen, er könnte auch Einnahmen beschaffen, zum Beispiel über die Benzinzölle, die doch recht bescheiden sind, wenn man sie auf Jahre und Jahrzehnte zurückverfolgt. Der Rückweisungsantrag Dreher ist also recht tückisch, und man muss sich fragen, ob man ihm nicht aus dialektischen Gründen zustimmen müsste.

Wir Sozialdemokraten haben immer ganz klar gesagt: Es gibt in dieser Zeit, im Dezember 1991, Prioritäten bei der Rücknahme von gewissen Staatsausgaben, die auf der Hand liegen. Die Militärausgaben können wir kurz-, mittel- und langfristig zurücknehmen, weil sich die Lage in Europa massiv verändert hat. Wir wollen das nicht beklagen, wir wollen darüber froh sein. Die Ausgaben für den Zivildienst (Punkt 2) sind in dieser Zeit ganz klar zurückzunehmen, weil sich die Bedrohungslage ganz massiv verändert hat. Ebenso haben die Ausgaben für den Strassenbau nicht erste Priorität, sie können wir um einige 100 Millionen zurücknehmen, und das mit Rücksicht auf jene Regionen, die besonderen Nachholbedarf haben – ich denke an die Suisse romande. Ich muss Ihnen sagen: Mit 1 Milliarde oder sogar mit 900 Millionen lassen sich die Baustellen in der Suisse romande – ich denke an die Transjurane, an die N 5 entlang des Genfersees und an die N 1 in waadtländisch-freiburgischen Gebieten – weiterführen und vorantreiben im Sinne, wie unsere welschen Kollegen das wünschen. Es muss uns gelingen, auf diesen drei Gebieten massive Einsparungen vorzunehmen – für 1992, aber auch für die weitere Zukunft, wenn wir es mit dem Sparen ernst meinen.

Ich muss Ihnen nun ehrlich sagen: Es gibt einige Spargebiete, zu denen man Fragen aufwerfen muss. Ich frage mich, ob wir mit Sparanstrengungen auf dem Gebiet der Bildung und der Weiterbildung in einer Zeit der Rezession nicht grundlegend falsche Signale aussenden. Ich bin im September an diesem Pult gestanden und habe schweren Herzens gegen Teile meiner Gewerkschaftskollegen dafür plädiert, dass wir kurzfristig vorläufig keine neuen Beschäftigungsprogramme vom Zaun reissen wollen, weil das sehr viel kostet und die Wirkung nach meiner Meinung oft nicht optimal ist.

Aber was die mittel- und langfristigen Investitionen für unsere arbeitenden Menschen anbelangt, so sind das Bildungsanstrengungen –; da können, wollen und dürfen wir keine Kürzungen vornehmen, weil wir sonst unser wichtigstes Kapital, nämlich die qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf ein tieferes Niveau setzen und damit unsere ganzen wirtschaftlichen Anstrengungen behindern statt fördern.

Es ist in diesem Lande einfach nicht möglich, im Jahre 1992 plötzlich bei der Entwicklungshilfe zu kürzen. 1991, es sind

Daten zitiert worden, ist das Parlament hingegangen und hat sich selber und auch unserer Bevölkerung versprochen: Wir wollen uns als Teil Europas, als Teil der Welt verstehen, und wir wollen an den Problemen der Welt und der Menschen Anteil nehmen, insbesondere der armen Menschen in den armen Ländern. Da können wir doch nicht, ehe der Hahn dreimal gekräht hat, hingehen und das Gegenteil davon machen. Wenn der Bundesrat heute in einem Posten 100 Millionen von der 700-Millionen-Tranche vorschlägt, dann grenzt es an Schägigkeit, zu der in diesem Saal eigentlich niemand fähig ist, wenn wir von diesen 100 Millionen heute bereits 25 Millionen wegnehmen. Ich werde bei der Begründung der Minderheitsanträge noch schildern, wofür das Geld gebraucht wird; es werden sogar die hölzernen Köpfe – dieses Mal rede ich von den Holzköpfen – in diesem Saal begreifen müssen, dass damit nicht etwa goldene Badewannen finanziert werden, sondern dass dort im Rahmen der Exportrisikogarantie z. B. Schweizer Unternehmen profitieren – darüber wird aber an anderer Stelle zu sprechen sein.

Ich warne Sie alle: Dieser Staat ist kein Unternehmen, dieser Staat kann nicht wie ein Unternehmen funktionieren. Herr Blocher wird Sie dann verführen wollen und sagen: Ich in meinem Unternehmen mache es so: Da einen dicken roten Strich; diese drei schicke ich weg. Doch das kann der Staat eben gerade nicht machen, der Staat kann niemanden wegschicken, er kann jene, die aus den Unternehmungen rausfliegen, die keine Arbeit mehr haben, deren soziale Sicherheit nicht gewährleistet ist, nicht wegschicken. Der Staat hat im Sinne des Verfassungsauftrages um die Wohlfahrt aller Eidgenossen besorgt zu sein, sie zu unterhalten, zu fördern und zu stützen. Das ist der wesentliche Unterschied.

Wir sind keine «Schweiz AG», wir sind eine Eidgenossenschaft, eine Genossenschaft, und dort ist jede Stimme gleich viel wert. Wir sind keine AG, auch wenn Sie sich gelegentlich aufführen, als ob Sie der Verwaltungsratspräsident der «Schweiz AG» wären. Diese Eidgenossenschaft ist eine solidarische Gemeinschaft, die die Schwächsten in die Mitte nehmen muss.

Zum Schluss möchte ich den bürgerlichen Damen und Herren in der Finanzkommission noch danken. Sie haben den wesentlichsten Teil dieses Satzes begriffen, Sie haben Hand geboten dazu – da danke ich auch Ihnen, Herr Blocher –, dass im inländischen Sozialbereich gegenüber dem bundesrätlichen Vorschlag kein Fünfer weggestrichen worden ist. Wenn Sie das noch einige Jahre durchhalten, werde ich dafür sorgen, dass einige von Ihnen eine Ehrenmeldung kriegen.

On. Maspoli: Le cifre contenute nel voluminoso messaggio relativo al budget della Confederazione per il 1992, oggi in esame, tendono ad allontanare l'attenzione da ciò che realmente rappresentano. Il circo dei miliardi, il gioco dei milioni, gli aumenti delle spese e dei risparmi effettuati o da effettuare ci portano giocoforza a dimenticare che dietro a questi provvedimenti si cela il destino delle cittadine e dei cittadini svizzeri. Cittadine e cittadini svizzeri che hanno il dovere, che hanno il diritto – per meglio dire – di non dover pagare per gli errori commessi, commessi dal Governo negli anni passati. Ecco perché non si possono praticare dei tagli lineari, bensì bisogna tener presente che è impossibile danneggiare gli anelli più deboli della nostra società.

«Und habe einen Wald gesehen, wo lauter bunte Bäume waren», würde der Volksmund sagen. Wir sollten alles daransetzen, diesen Wald in einzelne Bäume, ja sogar in einzelne Aeste zu unterteilen. Nur eine solch rigorose Arbeit ermöglicht es, konsequent zu sparen, wo es sich zu sparen lohnt und wo diese Massnahme die schwachen Glieder unserer Gesellschaft nicht beeinträchtigt.

Das unguete Gefühl, mit welchem unsere Fraktion vom vorliegenden Vorschlag Kenntnis nimmt, entstand vor allem dadurch, dass das Defizit von fast 2 Milliarden Franken auf Positionen zurückzuführen ist, wo – hätte man die Sache anders und besser an die Hand genommen – mit weniger grossen Kosten das gleiche Ziel erreicht werden könnte. So kann ich Ihnen z. B. sagen, dass die Aufnahme eines anerkannten Flüchtlings die Eidgenossenschaft mit über 800 000 Franken

belastet. Das Flüchtlingswesen nimmt ohnehin rund 10 Prozent der gesamten Sozialkosten in Anspruch. Die vorgesehenen Mehrkosten für 1992 werden mit 315 Millionen Franken angegeben. Das bedeutet, dass im nächsten Jahr unser Land 815 Millionen in die verschiedenen Asylverfahren investieren wird. 815 Millionen Franken, die bestimmt sinnvoller ausgegeben werden könnten, denn dieses Geld lindert auf die Art, wie es heute verbraucht wird, weder den Schmerz der Dritten Welt, noch trägt es dazu bei, weitsichtig Hilfe zu schaffen. Trotzdem hat der Bundesrat unlängst bekanntgegeben, er habe das Asylproblem im Griff. Wie kann eine solche Aussage aufrechterhalten werden, wenn die Zahl der Asylbewerber um 25 Prozent und die Gesamtausgaben um 63,2 Prozent zugenommen haben?

Es genügt nicht, der durchschnittlichen Verfahrensdauer von 6 Monaten einen wesentlichen Schritt näherzukommen, wie es auf Seite 14 der Botschaft angegeben wird; es geht darum, diese Frist konsequent einzuhalten und nach Möglichkeit zu verkürzen. Die Haltung des Justiz- und Polizeidepartementes scheint in diesem Sinne mit unserer Vorstellung übereinzustimmen. Wir sind durchaus einverstanden, dass auch in Zukunft genügend Juristen für die Bearbeitung der Schnellverfahren zur Verfügung gestellt werden, vorausgesetzt, dass dies mit einer Verkürzung des Aufenthalts der Asylbewerber kompensiert wird. Denn etwas muss klargestellt werden: Die Kosten für die Asylverfahren dürfen auf keinen Fall zunehmen. Ein weiterer Punkt, mit welchem unsere Fraktion nicht einverstanden ist, sind die vorgesehenen Kosten für den Beitritt der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen. Die 433 Millionen Franken, wovon 196 Millionen bereits 1992 berappt werden sollen, werden nämlich zweifelsohne in unüberblickbare Kanäle versickern und kaum ihren beabsichtigten Zweck erfüllen.

In einer Zeit, in welcher die Bevölkerung mehr Transparenz, bessere Information und zweckgebundene Ausgaben verlangt, sind «Spekulationen» wie Bretton Woods zu vermeiden, vor allem dann, wenn gleichzeitig die Beiträge für die Kantone wesentlich beschnitten werden sollen. Dies sollten endlich auch die Regierungsparteien und der Bundesrat selbst begreifen.

Unsere Fraktion wehrt sich gegen solche Missstände und bitet den Bundesrat, zumindest in diesem Fall noch einmal über die Bücher zu gehen.

Was unsere Armee betrifft, muss man leider feststellen, dass die angekündigten und von den Schweizer Bürgerinnen und Schweizer Bürgern verlangten Sparmassnahmen immer wieder aufgeschoben werden. Die Mehrkosten für das Jahr 1992 sind zwar bescheiden, doch es ist an der Zeit, überhaupt keine Mehrkosten mehr akzeptieren zu müssen. Vielmehr geht es nun darum, ein erfolgversprechendes Sparprogramm zu erarbeiten, welches die Schlagkraft unserer Armee – davon bin ich überzeugt – nicht in Frage stellt.

Das ist bestimmt nicht zuviel verlangt, wenn man bedenkt, dass sich über 40 Prozent aller Schweizerinnen und Schweizer für die Abschaffung der Armee ausgesprochen haben. Glauben denn Bundesrat und Regierungsparteien wirklich, sie könnten noch lange gegen den Volkswillen politisieren?

Auch innerhalb der Verwaltung sollten Sparmassnahmen zum Zuge kommen. Die Schweiz droht an der Bürokratie zu ersticken. Trotzdem werden jährlich neue Dienststellen und Büros eröffnet. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes werden mit Formularen und kostspieligen Umfragen überhäuft. Schon bei einer oberflächlichen Analyse dieser Gewohnheit kann festgestellt werden, dass sie lediglich zwei Zwecke erfüllt: Sie trägt dazu bei, den Bürger zu verärgern und die Vorgänge innerhalb von Politik und Verwaltung noch mehr zu verlangsamen.

Unsere Fraktion vertritt die Auffassung, Sparmassnahmen seien in allen Departementen nicht nur möglich, sondern auch unumgänglich. Ein Defizit von 1,9 Milliarden Franken betrachten wir als untragbar und unzumutbar.

Quelli al Governo credono veramente di potersi permettere ancora per molto di praticare una politica che si urta regolarmente con la volontà popolare. Non sarebbe il caso, signore e signori, visto che oltre il 40 per cento delle cittadine e dei citta-

dini svizzeri si sono espressi a favore dell'abolizione dell'esercito, che il Dipartimento competente presentasse immediatamente un piano di risparmio efficiente, senza per questo mettere a repentaglio la forza della nostra armata. E' pur vero che l'aumento delle spese, previsto per il 1992, è modesto, ma ciò non basta. Le spese vanno diminuite e diminuite drasticamente.

Blocher: Ich spreche für die SVP-Fraktion. Ich bin erstaunt, dass verschiedene Fraktionssprecher so tun, als wäre dieses Defizit gleichsam über Nacht über uns hereingebrochen, als sei es völlig unerwartet und nicht voraussehbar gewesen. Das erstaunt mich.

Wenn Sie in den vergangenen vier Jahren so grossen Ausgabenbeschlüssen zugestimmt haben, welche weit über dem Bruttozialprodukt-Wachstum liegen, ist gar nichts anderes möglich als solche Defizite: 2 Milliarden Franken im nächsten Jahr veranschlagt, im Jahr 1993 5 Milliarden Franken, im Jahr 1994 4 Milliarden Franken, dann wieder 5 Milliarden Franken. Solche Defizite haben wir ja nie gehabt.

Warum ist dieses Defizit entstanden? Es ist nicht entstanden, weil man beim Budget zu wenig hart gewesen ist, sondern es ist entstanden, weil all diesen Begehren, all diesen Vorlagen in den vergangenen Jahren zugestimmt worden ist. Nicht alle haben zugestimmt. Die ewigen Neinsager haben nicht zugestimmt. Sie sind auch als Neinsager verteufelt worden; es waren die Vereinfacher, die, die in Panik machen: Jetzt haben wir eben das Resultat.

Jetzt wird es, und da stimme ich Herrn Ernst Leuenberger zu, ausserordentlich schwierig, die Sache in den Griff zu bekommen, wenn wir mit dem Budget nicht unsozial werden wollen. Sie können nämlich viel tun, um das Defizit auszugleichen, und Sie begehren damit dann eine unsoziale Handlung. Dazu gehören: ein lineares Kürzen, eine Erhöhung der Steuern in einer Zeit der Rezession. Das ist natürlich nicht unsozial für die, die hier sitzen. Es ist auch nicht unsozial für den Bundeshaushalt. Aber es ist für all jene unsozial, die es trifft, und das ist die gesamte Wirtschaft. Sie können – wie vorgeschlagen worden ist – den Benzinpreis erhöhen. Wenn Sie ihn um 20 Rappen erhöhen, werden Sie 0.5 Prozent Teuerung erhalten. Das wird einen Teuerungsschub bringen, den die Unternehmen wieder ausgleichen müssen; die Arbeiter und all diejenigen, die in den privaten Betrieben – und das ist die Mehrheit in diesem Lande – arbeiten, werden das bezahlen müssen. Es ist also ausserordentlich schwierig, eine Korrektur anzubringen, ohne dass sie unsozial wirkt.

Wo haben wir in den vergangenen Jahren am meisten zugelegt? Sie können das dem Budget und den Wegleitungen entnehmen: bei den Beziehungen zum Ausland, bei Forschung und Entwicklung. Wir haben auch grosse Beträge für die Wirtschaft gesprochen. Sie erinnern sich, dass ich gegen sie angetreten bin – ich, der ich sicher nicht verdächtigt werden kann, ich sei gegen die Wirtschaft. Ich bin der Meinung, dass die Trennung von Staat und Wirtschaft und die freie Tätigkeit der Wirtschaft eben auch die Verpflichtung bringen, dass die Wirtschaft ihre Verpflichtung selber trägt, z. B. bei der Forschung und Entwicklung.

Herr Ernst Leuenberger, Sie haben die Exportrisikogarantie angesprochen. Die Defizite bei der Exportrisikogarantie gehen darauf zurück, dass wir bei der letzten Rezession (1983) beschlossen haben – nicht einmal auf Drängen der Wirtschaft, aber sie hat es geduldet –, eine Währungsversicherung einzuführen, die nur defizitär sein kann, indem das negative Währungsrisiko das Exportrisiko trägt und das positive das Unternehmen. Wir haben uns damals gewehrt. Damals hat man gesagt, es sei eine konjunkturelle Gegenmassnahme. Das zahlen wir jetzt alles!

Es ist gesagt worden: Wir müssen sparen. Sparen müssen wir nicht, und wir können es auch nicht. Sparen heisst ja Geld auf die Seite legen. Wir können doch kein Geld auf die Seite legen; wir müssen weniger ausgeben, sonst bekommen wir auch eine zu hohe Staatsquote, was auch unsozial ist!

Wo haben wir denn die geringsten Steigerungen in den letzten Jahren? Eine geringe Steigerung weist der Bereich der Landwirtschaft auf, und wir haben sogar einen realen Rückgang der

Ausgaben im Militärbereich. So ist die tatsächliche Situation. Relativ gering ist auch der Zuwachs im sozialen Bereich. Mit Ausnahme des Asylwesens, das eklatante Wachstumsraten aufweist, weil unser Asylverfahren schlecht ist. Wir müssen einfach zugeben, dass wir das Asylverfahren falsch gehandhabt haben. Auch darauf ist in den letzten Jahren schon hingewiesen worden.

In der Kommission lag ein Rückweisungsantrag vor, der das Defizit auf eine halbe Milliarde beschränkt hätte. Er wird hier wiederaufgenommen. Er ist in der Kommission im Oktober gestellt worden, und damals war er eigentlich noch realistisch. Es hätte dann sein können, dass die Kürzung mit dringlichen Bundesbeschlüssen gelungen wäre, vorbereitet bis zur Wintersession. Wir kommen nicht darum herum, gewisse Beschlüsse, die wir in den vergangenen Jahren gefällt haben, rückgängig zu machen. Das können wir aber nur über eine legale Basis. Anders ist es gar nicht möglich. Dieser Weg ist nicht beschritten worden.

Die Finanzkommission hat sich dann auf einen Rückweisungsantrag geeinigt, der die Schwerpunkte für die einzelnen Posten festsetzt, aber auch das ist uns nicht gelungen.

Es liegt jetzt ein Defizit – nach der Fassung der nationalrätlichen Kommission – von 1,1 bis 1,2 Milliarden Franken vor. Wenn man jetzt einen Rückweisungsantrag stellen möchte, wäre es das einzig Seriöse – es ist jetzt Dezember –, ein Notbudget bis Ende Januar zu erstellen – auf der vorliegenden Grundlage etwa –, dann auf Ende Januar den Bundesrat zu beauftragen, das Defizit zu beschränken und die dringlichen Bundesbeschlüsse gleichzeitig vorzulegen. Das wäre eine der Möglichkeiten.

Auch darüber haben wir in der Kommission beraten. Wir haben es dann unterlassen. Weshalb? Weil der Bundesrat sich verpflichtet hat, in den ersten drei Monaten des neuen Jahres das Kostensenkungsprogramm oder ein Programm zur Einschränkung des Defizites – oder wie auch immer Sie es nennen wollen – vorzulegen. (Ich kann jetzt da den Bundesrat nicht zu sehr einbinden, weil er ja leider auch an Steuererhöhungen denkt.) Aber sagen wir einmal: Er muss ein Defizitbeschränkungsprogramm vorlegen, das auch dringliche Bundesbeschlüsse zur Abänderung von Gesetzen beinhaltet. Es wäre aber nicht sehr intelligent gewesen, heute einen Rückweisungsantrag zu stellen, bis Ende Januar ein Notbudget zu erstellen, um dann dringliche Bundesbeschlüsse auszuarbeiten und Ende Februar oder im März nochmals dringliche Bundesbeschlüsse vorzubringen. Also ist eine Behandlung das Wichtigste.

Unsere Fraktion genehmigt das vorliegende Budget mehr oder weniger. Wir schlagen einige Abänderungen vor. Im Bereich der Landwirtschaft, der geringe Zuwachsraten aufweist, gehen wir auf den ursprünglichen Entwurf des Bundesrats zurück. Zudem wollen wir eine Aenderung der Kosten im Bereich des Asylwesens. Wir müssen Druck ausüben, damit dort die Aenderungen verfahrensmässig erfolgen. Das Gesamtdefizit ist nach Vorschlag unserer Fraktion sogar noch etwas kleiner als dasjenige nach Vorschlag der Kommission.

Wir sind absolut der Meinung, dass in der Bundesverwaltung ein Personalstopp einzuführen sei. Wenn Herr Leuenberger sagt, der Bund sei kein Unternehmen, gebe ich ihm recht. Seit 1974 haben wir in der Bundesverwaltung eine Personalplafonierung. Nichtsdestoweniger hat sich der Gesamtpersonalbestand seither um 10 Prozent erhöht. Nur eine Eidgenossenschaft – oder wie Sie, Herr Leuenberger, sagen, eine Genossenschaft – bringt es fertig, dem Volk zu sagen, man habe eine Plafonierung des Personals, also immer gleichviel Leute, obwohl der Bestand um 10 Prozent gewachsen ist.

Es ist unverantwortlich, jetzt noch zusätzlich Personal zu bewilligen. Dabei gilt es, sich Rechenschaft zu geben, dass das EMD 200 Stellen abbaut. Wenn der Personalbestand von 1991 nicht überschritten werden darf, heisst das, dass immer noch 200 Stellen neu bestückt werden können. Sie können die «Asylgeschichte» immer noch bewältigen. Wenn Sie jetzt, wie die nationalrätliche Kommission das will, 150 Stellen bewilligen, schaffen Sie im Grunde genommen 350 neue Stellen, weil ja 200 im EMD verlorengehen. Das ist unverantwortlich. Wir sollten hier Ernst machen.

Wir bitten Sie, diesen übrigen Anträgen auf Senkung zuzustimmen. Das ist wahrscheinlich das einzig Verantwortbare.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 20.10 Uhr
La séance est levée à 20 h 10*

Voranschlag der Eidgenossenschaft 1992

Budget de la Confédération 1992

| | |
|---------------------|--|
| In | Amtliches Bulletin der Bundesversammlung |
| Dans | Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale |
| In | Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale |
| Jahr | 1991 |
| Année | |
| Anno | |
| Band | V |
| Volume | |
| Volume | |
| Session | Wintersession |
| Session | Session d'hiver |
| Sessione | Sessione invernale |
| Rat | Nationalrat |
| Conseil | Conseil national |
| Consiglio | Consiglio nazionale |
| Sitzung | 05 |
| Séance | |
| Seduta | |
| Geschäftsnummer | 91.050 |
| Numéro d'objet | |
| Numero dell'oggetto | |
| Datum | 02.12.1991 - 14:30 |
| Date | |
| Data | |
| Seite | 2213-2221 |
| Page | |
| Pagina | |
| Ref. No | 20 020 676 |

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.